



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/233 - 8.10.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Saar-"Mißverständnisse" in Paris	S. 1
Das Schweizer Volk belehrt seine Militärs	S. 3
Separatistische Wünsche der Bayernpartei	S. 5

Saarfiasko des Bundeskanzlers

-t-r. Die Sprache dient nicht immer als Verständigungsmittel; oft ist sie nach einem bekannten Wort dazu da, die Gedanken eher zu verbergen, statt sie zu klären. Über den Saarbriefen des Bundeskanzlers an seinen französischen Kollegen Schuman schwebt ein Unglückstern; sie werden in Paris stets anders ausgelegt als in Bonn. An Übersetzungsfehlern kann es nicht liegen, und es ist auch nicht anzunehmen, daß der Kanzler sich nicht genügend klar auszudrücken vermag - gerade die an ihm viel gerühmte Einfachheit seiner Sprache läßt kaum Mißdeutungen und Zweideutigkeiten zu.

Viele Male ist in diesen Monaten Staatssekretär Hallstein mit und ohne Kanzler-Briefe zwischen Bonn und Paris hin- und hergereist, Man kann nicht sagen, daß diese Geschäftigkeit auch Früchte getragen hätte - anscheinend hat sie eher verwirrend in der Saarfrage gewirkt. Man ist einander keinen Schritt näher gekommen, Wie töricht, dafür, wie es jetzt in der deutschen Presse immer häufiger geschieht, den französischen Botschafter an der Saar verantwortlich zu machen.

Grandval vertritt an der Saar die Interessen Frankreichs, er hat das auszuführen, was ihm von seinem Chef Schuman aufgetragen wird. Würde er wirklich, gegen den Willen Schumans, das deutsch-französische Verhältnis durch eine eigene und von

persönlichen Motiven getragene Saarpolitik vergiften, wer in aller Welt hindert dann die französische Regierung daran, durch eine Aberufung Grandvals diesen Stein des Ärgernisses aus der Welt zu schaffen? Kein Botschafter vermag die Grundlinien der Politik zu ändern, die ihm seine Regierung vorschreibt. Das hieße Grandvals Bedeutung überschätzen. Das in diesen Tagen oft gehörte Argument - ja, mit Schuman kämen wir ganz gut zurecht, wenn der böse Grandval nicht wäre - hat wenig Überzeugungskraft.

Nur Bruchstücke über die neuen Saarvorschläge des Bundeskanzlers drangen an die deutsche Öffentlichkeit. Die wesentlichen Bestandteile sind eine auf fünf Jahre befristete "Europäisierung des Saarlandes" und die Zulassung der Oppositionsparteien an der Saar. Ein Regierungssprecher erklärte den Sturm, der darüber in Paris ausbrach, als Folge von "Mißverständnissen", die im Laufe von weiteren Verhandlungen ausgeräumt werden können. Soll das wohl die Bereitschaft zur Kapitulation heißen? Die Berufung auf Mißverständnisse - die Öffentlichkeit vernahm sie nicht zum erstenmal - soll wohl die unhaltbare Position verdecken, in die der Kanzler mit seiner bisherigen Saarpolitik geraten ist. Seine ganze, mit so hohen Opfern erkaufte Politik der Vorleistungen hat nicht ein Jota an dem Willen Frankreichs geändert, die Saar dauernd aus dem deutschen Staatsgebiete auszuschalten, und dies möglichst noch mit einer deutschen Unterschrift vor einem fälligen Friedensvertrag besiegeln zu lassen. Noch zögert der Kanzler, in die Knie zu gehen. Besteht er aber auch nach diesem neuesten Fiasko in dieser Frage auf einer überhasteten Ratifizierung der Westverträge, so wird ihm der Canossagang nicht erspart bleiben, die Saar aufzugeben. Frankreich hat durch deutsche Mitschuld die Trümpfe in der Saarfrage in seiner Hand.

Jedenfalls hat gerade die letzte Entwicklung deutlich gemacht, daß das westliche Vertragssystem für Frankreich offenbar nur dann einen Reiz hat, wenn es im Zuge seiner Verwirklichung auch das Saargebiet so fest an sich fesseln kann, daß auch eine spätere endgültige Lösung durch einen Friedensvertrag daran nichts mehr zu ändern vermag.

+ + +

Nein zum Luftschutzkeller - aber Ja für gute Stumpen

Zürich, Anfang Oktober

-ie- Am vergangenen Samstag-Sonntag fanden in der Schweiz zwei Referendumsabstimmungen statt. Laut eidgenössischer Verfassung unterstehen alle vom Parlament verabschiedeten Gesetze dem Referendum. Danach können fünfzigtausend stimmberechtigte Bürger verlangen, dass das vom Parlament angenommene Gesetz dem Volk zur Abstimmung unterbreitet wird, damit das Volk das Gesetz sanktioniert oder als ungültig erklärt. Bei über einer Million Stimmberechtigten fällt es also nicht schwer, 50.000 Unterschriften zu sammeln und damit Regierung und Parlament zu zwingen, sich dem Volksentscheid zu unterwerfen.

Am letzten Wochenende nun hatten sich die Schweizer zu zwei im Nationalrat und Ständerat angenommenen Gesetzesvorlagen auszusprechen. Die wichtigste Vorlage betraf den Bau von Luftschutzkellern. In allen Häusern der städtischen und halbstädtischen Siedlungen sollten behelfsmässige Luftschutzkeller errichtet werden. Der Bund wollte 40 Prozent der Kosten übernehmen; die restlichen 60 Prozent sollte auf die Hauseigentümer und die Mieter überwältzt werden. Die Abgeordneten aller bürgerlichen Parteien hatten dieser Vorlage zugestimmt. Die sozialdemokratische Partei hingegen griff das Referendum und vertrat den Standpunkt, es gehe nicht an, dass die Mieter für die Luftschutzbauten aufzukommen haben und zudem würden diese behelfsmässigen Luftschutzkeller in einem modernen Luftkrieg keine genügende Sicherheit bieten. Obwohl Regierung und Parlament diese Luftschutzvorlage gebilligt hatten und vor dem Volk brav verteidigten, wurde sie mit einer für schweizerische Verhältnisse unerhörten Wucht verworfen: Hundertzehntausend befürwortenden standen über sechshunderttausend ablehnende Stimmen gegenüber.

Dieses Abstimmungsergebnis beweist u.a., dass die allgemeine Kriegspsychose im nüchtern denkenden Schweizervolke im Abklingen begriffen ist. Die durch den kalten Krieg unsicher gewordene internationale Lage gab den verantwortlichen Stellen der schweizerischen Militärbehörden genügend Vorwand, während der letzten Jahre ihre Wünsche bei Regierung und Parlament durchzudrücken. Durch die Ab-

stimmung hat nun das Volk deutlich bekundet, dass es diesem Eifer mit Skepsis gegenübersteht, und es die allgemeine Lage bedeutend kühler beurteilt als es den Fachleuten lieb ist. Diese Korrektur wird über die Grenzen des Landes hinaus entspannend wirken,

Nicht minder interessant ist das zweite Abstimmungsergebnis: Aufgrund ausserordentlicher Vollmachten des Bundesrates wurde im Jahre 1938 in der schweizerischen Zigarren-Industrie, die im wesentlichen den sogenannten Schweizer-Stumpen, eine von den meisten Schweizern hochgeschätzte "Volkszigarre" herstellt, das "Kontigentierungssystem" eingeführt. Diese Verordnung legte fest, dass die Stumpenfabrik ihre Bezüge an Rohtabak in der gleichen Grössenordnung wie im Jahre 1938 weiterbeziehen sollten. Es war die Absicht der Regierung zu verhindern, dass einige Grossfirmen kraft ihrer wirtschaftlich starken Stellung durch ihre Reklame und ihre sonstigen Machenschaften die Kleinbetriebe erdrücken. Da nun Ende dieses Jahres Regierungs-Erlasse und -Verordnungen, die aufgrund der dem Bundesrat erteilten Vollmachten Rechtskraft bekommen hatten, in die ordentliche Gesetzgebung überführt werden müssen, wurde auch diese Tabakordnung dem Parlament vorgelegt, das in einem neuen Gesetz das bisherige, in der Praxis bewährte Kontigentensystem sanktionierte.

Gegen dieses Gesetz ergriffen Kreise, die in der rücksichtslosen "freien" Wirtschaft ihr Ideal sehen, das Referendum. Obwohl nun fast die ganze bürgerliche Presse der Schweiz für die Verwerfung dieses Gesetzes, das nicht in das Schema des Wirtschaftsliberalismus passt, eingetreten ist, haben die Schweizer dieses Gesetz trotzdem mit einer überwältigenden Mehrheit angenommen. Fünfhunderttausend Ja-Stimmen standen nur 230.000 verwerfende gegenüber. Obwohl die Schweiz im Verhältnis zur Bevölkerung das absolut reichste Land der Welt ist, hat sich im Wirtschaftsdenken der Schweizer die Solidarität als eine lebendige Kraft des Zusammenlebens erhalten. Indem sie den Bogen des Wirtschaftsliberalismus nie überspannt haben, vermieden die Schweizer schroffe Klassentrennungen und wirtschaftliche Monopolbildungen. Schon wenn sie einen Stumpen kaufen, beginnt bei ihnen die politische Überlegung. Man mag darüber lachen - aber mehr Menschlichkeit als im Erhardschen "Wirtschaftswunder" lebt darin sicherlich.

+

+

+

MdB Dr. Hermann Etzel wünscht die Sowjets herbei
Von unserem K.-T.-Korrespondenten

Es sind nicht nur Bayern allein interessierende Vorgänge um die Bayernpartei, die in den letzten Tagen im Mittelpunkt der bayerischen Innenpolitik standen. Es begann damit, daß der langjährige Landesvorsitzende der Bayernpartei, Dr. Joseph Baumgartner, in Rosenheim auf seine Wiederwahl verzichtete und dem Altbayern Dr. Jakob Fischbacher damit den Platz für den ersten Landesvorsitzenden freigab. Dr. Baumgartner, ein viel zu erfahrener Politiker, wußte, weshalb er diesen Schritt tat, denn die von ihm bisher geführte Partei liegt, wenn nicht gerade auf dem Sterbebett, so doch mehr oder weniger schwer krank darnieder, und hat ihre Rolle in der bayerischen Innenpolitik ausgespielt.

Drei verschiedene Richtungen versuchen innerhalb der Bayernpartei die Führung zu erlangen und ihre politische Konzeption durchzusetzen. Die eine ist der Kreis um Dr. Fischbacher. Er hofft mit den alten Parolen von einst die bayerischen Bauern zu gewinnen, um somit wenigstens im bayerischen Landtag die Ziele der Bayernpartei durchzubringen. Die andere Richtung verkörpern die Mannen um Dr. Decker und von Aretin, die genau wissen, daß es um die Zukunft ihrer Partei geschehen ist, und die nun mit der CSU liebäugeln, um im Spiel zu bleiben. Die dritte Gruppe aber ist die gefährlichste, denn sie vertritt jene Ziele, die sich die Bayernpartei bei ihrer Gründung zur Aufgabe gemacht hat und die schlicht und einfach als Separatismus bezeichnet werden müssen. Sie sagen Föderalismus und meinen Separatismus, denn mit der Abtrennung Bayerns vom Bunde ist für sie die einzige Chance gegeben, das Programm der Partei zu vollenden.

Der eifrigste und bedeutendste Sprecher dieser Gruppe ist der 64jährige, ehemalige Handwerkskammerdirektor und jetzige stellvertretende Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Dr. Hermann Etzel aus Franken. Sein Name wurde in letzter Zeit wiederholt in der deutschen Öffentlichkeit durch den Besuch der Volkskammerdelegation in Bonn bekannt. Etzel war dort ebenfalls der Sprecher eines

kleinen Kreises von Bundestagsabgeordneten, die nicht nur für den Besuch der Volkskammerdelegierten waren, sondern die sich für die Eröffnung eines gesamtdeutschen Gespräches zwischen Bonn und Pankow einsetzten. Wären die Motive Etzels jene gewesen, die er in der Öffentlichkeit bekanntgegeben hatte, niemand hätte in seiner Haltung etwas besonderes gesehen. Doch es mutete schon damals wie ein schlechter politischer Witz an, daß ausgerechnet der eifrigste Verfechter eines selbständigen Bayern sich als Kämpfer eines einigen Deutschlands aufspielte. So blieb es auch nur ein schlechter Witz, denn Etzel kam es bei seinen Gesprächen nicht so sehr auf Deutschland, als vielmehr auf Bayern an.

Um die Loslösung Bayerns vom Bunde zu erreichen, ist der Bundestagsabgeordnete Etzel sogar bereit, sich mit dem Teufel zu verbinden. Ironie des Schicksals, wenn es seinem ehemaligen Parteifreund Donhauser vorbehalten blieb, hier mit der Wahrheit ans Tageslicht zu treten. Da die völlige Abtretung Bayerns von Deutschland nur mit Hilfe einer Großmacht geschehen kann und Frankreich heute nicht mehr die ausschlaggebende Rolle in Europa spielt, Amerika und England aber wenig für die Selbständigkeit Bayerns übrig haben, bleibt also nur Rußland übrig. Donhauser hat mit aller Bestimmtheit erklärt, daß Etzel in Bonn gesagt hat: "Ich will ja, daß die Russen kommen, damit endlich einmal diese Bundesrepublik verschwindet".

Daß die Reaktion von Etzel schnell kam, ist verständlich, denn wer wollte sich nachsagen lassen, daß er sich in seiner Eigenschaft als Bundestagsabgeordneter vom deutschen Steuerzahler ernähren läßt und dann gleichzeitig den Untergang dieses Steuerzahlers wünscht. Doch Etzels Dementi ist schwach, viel zu schwach, als daß es seine Erklärungen abschwächen kann. Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß Donhauser mit seinen Veröffentlichungen nur erreichen möchte, die Spaltung der Bayernpartei noch schneller und radikaler voranzutreiben, auf daß die CSU bei den kommenden Bundestagswahlen wieder zur stärksten Partei in Bayern wird (im übrigen werden sich bereits in Kürze drei Bundestagsabgeordnete der Bayernpartei der Fraktion der CSU-CDU anschließen), so muß doch gesagt werden, daß die separatistischen Äußerungen Etzels nicht laut genug angeprangert werden können, wenn auch innerhalb der Bayernpartei Stimmen laut werden, die den Ausschluß dieses "Russenfreundes" verlangen, so bleiben doch noch genug, die auch "bravo" gerufen haben. Herr Etzel hat jedenfalls das moralische Recht verloren, "Gesamtdeutsche Gespräche" zu führen.